

# 1 Einleitung

Die Wahlforschung ist eines der wichtigsten Teilgebiete der Politischen Soziologie. Sie operiert damit an der Schnittstelle zwischen Politikwissenschaft und Soziologie. Zunächst war die Wahlforschung ganz auf die Erklärung nationaler Phänomene ausgerichtet. Verglichen wurden hier lediglich die Verhältnisse innerhalb eines politischen Systems, etwa in Frankreich (Siegfried, 1913) oder den USA (Key, 1959).

Seit etwa Ende der 1960er Jahre hat jedoch die international vergleichende Perspektive in der Wahlforschung stetig an Bedeutung gewonnen. Ausgangspunkt für diese Entwicklung war das Interesse der Vertreter des sozialpsychologischen Modells (Abschnitt 2.2), ihre Befunde in einem „most dissimilar“ Design zu validieren (Miller, 1994, S. 256). Umgekehrt zog die an der University of Michigan/Ann Arbor beheimatete Forschergruppe Kollegen aus der ganzen Welt, insbesondere aber aus Nord-West-Europa an. Auf diese Weise entstanden Kooperationsbeziehungen zwischen den Leitern verschiedener nationaler Wahlstudien, die teils über Jahrzehnte Bestand hatten (Miller, 1994, S. 256-259) und den Grundstein für die Institutionalisierung der vergleichenden Wahlforschung seit den 1970er Jahren legten (Mochmann, 2002).

Der vorliegende Beitrag gliedert sich in zwei Teile. Abschnitt 2 gibt zunächst einen knappen Überblick über die wichtigsten Ansätze der allgemeinen Wahlforschung. Abschnitt 3 stellt dann die wichtigsten Forschungsfelder, Datenquellen und Methoden der vergleichenden Wahlforschung vor.

# 2 Theorien des Wählerverhaltens

Die Anfänge der Wahlforschung liegen in der offiziellen Statistik des 19. Jahrhunderts und im Werk André Siegfrieds, der zu Beginn des 20. Jahrhunderts damit begann, Wahlergebnisse mit kartographische Methoden darzustellen und Zusammenhänge etwa zwischen der Siedlungsstruktur und dem Abschneiden bestimmter Parteien zu untersuchen. Den Kern der modernen Wahlforschung bilden aber drei Theoriebündel, die Mitte des 20. Jahrhunderts in den USA begründet wurden und schlagwortartig als soziologischer, sozialpsychologischer und ökonomischer (oder rationalistischer) Ansatz bezeichnet werden.<sup>1</sup> In der Forschungspraxis werden häufig in sehr pragmatischer Weise Elemente aus allen drei Ansätzen kombiniert. Wie eine explizite Verbindung der Theorien aussehen könnte, diskutieren Rudi und Schoen (2005).

---

<sup>1</sup>Naturngemäß können diese Ansätze hier nur in extrem verkürzter Form skizziert. Ausführlichere Darstellungen finden sich in den Lehrbüchern von Bürklin und Klein (1998), Pappi und Shikano (2007) und Roth (2008). Eine umfangreiche Würdigung dieser und anderer Ansätze bietet das von Falter und Schoen herausgegebene Handbuch Wahlforschung (Falter und Schoen, 2005).

## 2.1 Soziologische Ansätze

Im Bereich der klassischen Wahlsoziologie lassen sich grob zwei Strömungen unterscheiden. Der sogenannte mikrosoziologische Ansatz geht auf Studien zurück, die seit den 1940er Jahren von Paul Lazarsfeld und seinen Kollegen an der Columbia University durchgeführt wurden (Berelson, Lazarsfeld und McPhee, 1954; Lazarsfeld, Berelson und Gaudet, 1944). Die Columbia-Gruppe nahm ursprünglich an, daß sich Wähler während des Wahlkampfes umfassend informieren, um dann wohlüberlegt eine Wahlentscheidung zu treffen. Um diese Hypothese zu prüfen, untersuchten Lazarsfeld et al. in sehr aufwendigen Studien die Inhalte regionaler Medien und versuchten diese mit individuellen Meinungsbildungsprozessen in Verbindung zu setzen, die sie mit Hilfe wiederholter Befragungen erfaßten.

Dabei zeigte sich jedoch rasch, daß die meisten Menschen Informationen über politische Inhalte nur indirekt über sogenannte Meinungsführer wahrnahmen. In vielen Fällen stand die Wahlentscheidung bereits zu Beginn des Wahlkampfes weitgehend fest und ließ sich durch Kenntnis einiger weniger soziodemographischer Merkmale wie des Berufs, der ethnischen Gruppe oder der Religionszugehörigkeit recht gut voraussagen: „A person thinks, politically, as he is, socially“ (Lazarsfeld, Berelson und Gaudet, 1944, S. 27). Lazarsfeld et al. erklären diesen Befund mit der Dynamik kleiner Gruppen und dem Wunsch des Individuums, sich normkonform zu verhalten, gehen aber nicht auf die gesellschaftlichen Voraussetzungen für die Entstehung solcher Muster ein.

Diesen fehlenden Baustein liefert der makrosoziologische Ansatz, dessen Wurzel in den Arbeiten der Soziologen Stein Rokkan und Martin Semour Lipset zur Entstehung der westeuropäischen Parteiensysteme liegt (Lipset und Rokkan, 1967). Lipset und Rokkan führen diese auf eine Reihe sozio-politischer Großkonflikte (cleavages) zurück,<sup>2</sup> in deren Verlauf es zu einer dauerhaften Verbindung zwischen bestimmten sozialen Gruppen und Parteien (z.B. Arbeiter ↔ sozialistische/sozialdemokratische Parteien) gekommen sei. Die für ein Land charakteristische Konfiguration dieser Konflikte entscheidet aus Sicht von Lipset und Rokkan darüber, welche und wieviele Parteien existieren.

Mikro- und makrosoziologischer Ansatz zeichnen gemeinsam ein plausibles Bild davon, wie soziale und historische Faktoren das Wahlverhalten beeinflussen können. Damit sind sie insbesondere für die (international) vergleichende Wahlforschung bis heute von Bedeutung, weil die Wirkung dieser Faktoren naturgemäß nur in vergleichender Perspektive sichtbar werden kann. Außerhalb von Phasen revolutionärer Umbrüche tun sich die soziologischen Ansätze jedoch schwer damit, Veränderungen im Wählerverhalten zu erklären. Dies erklärt den Erfolg des sozialpsychologischen Ansatzes, der im nächsten Abschnitt vorgestellt werden.

---

<sup>2</sup>Die vier Grundtypen von Konflikten – Staat vs. (katholische) Kirche, Zentrum vs. Peripherie, Arbeit vs. Kapital und Stadt vs. Land – stehen im Zusammenhang mit revolutionären sozialen Umwälzungen in der Geschichte des jeweiligen Landes. Lipset und Rokkan begründen ihren ursprünglichen Ansatz unter Rückgriff auf das Werk Talcott Parsons' (Parsons, 1960). Für die weitere Rezeptionsgeschichte spielte dieser systemtheoretische Unterbau aber keine Rolle.

## 2.2 Der Sozialpsychologische Ansatz

In den späten 1940er Jahren begann sich am Survey Research Center der University of Michigan/Ann Arbor eine Arbeitsgruppe um den Sozialpsychologen Angus Campbell mit dem Wahlverhalten der Amerikaner zu beschäftigen. Dabei griffen sie auf die Konzepte und Methoden der repräsentativen Umfrageforschung zurück. Im Mittelpunkt des neuen Ansatzes standen drei Einstellungen (Dispositionen gegenüber politischen Objekten): Kandidaten- und Sachfragenorientierungen sowie die Parteiidentifikation, ein dauerhaftes, über die konkrete Wahlentscheidung hinausweisendes Gefühl der Verbundenheit mit einer der beiden großen amerikanischen Parteien.

Da diese Einstellungen der eigentlichen Wahlentscheidung unmittelbar vorgelagert sind, wurde eine erste Studie (Campbell, Gurin und Miller, 1954) als tautologisch kritisiert. Die Ann Arbor-Gruppe reagierte auf diese Kritik, indem sie in der Folgestudie „The American Voter“ (Campbell u. a., 1960) einen weitgespannten theoretischen Analyserahmen entwickelte, der historische, soziale, ökonomische und institutionelle Rahmenbedingungen als vorgelagerte Variablen mit einbezieht. Zugleich revidierten die Autoren ihre Sicht auf das Verhältnis der Einstellungen untereinander: Die Parteiidentifikation gilt nun als wichtigster Bestandteil der Variablentrias, die in der Lage ist, die Wahrnehmung von politischen Themen und Kandidaten zu beeinflussen.

Diese neue theoretische Konzeption dominierte die akademischen Debatte für mehr als eine Dekade. In der Folge wurde „The American Voter“ zu einer der bis heute am häufigsten zitierten Monographien in der Geschichte der Wahlforschung.

Aus dem „American Voter“ und weiteren Umfrageprojekten der Ann Arbor-Gruppe ging schließlich die US-amerikanische National Election Study hervor, die seit 1948 jede nationale Wahl in den USA untersucht und damit eines der größten sozialwissenschaftlichen Forschungsprojekte überhaupt darstellt. Im Laufe der Zeit wurde die National Election Study so zum Vorbild für nationale Wahlstudien auf der ganzen Welt. Auch der indirekte Einfluß der Ann Arbor-Gruppe auf die Wahlforschung ist somit enorm.

Im Laufe der Zeit wurde der ursprüngliche Ansatz immer wieder ergänzt, modifiziert und erweitert (Miller, 1994), teils sogar durch die ursprünglichen Autoren (Miller und Shanks, 1996). Eine der interessantesten Entwicklungen besteht dabei darin, daß in neuerer Zeit der sozialpsychologische Aspekt, der in der Praxis in den Hintergrund getreten war, betont und zugleich der Anschluß an die moderne Kognitionspsychologie gesucht wird (Weisberg und Greene, 2003).

Dennoch wurde Theorie und Forschungspraxis der sozialpsychologisch orientierten Wahlforschung immer wieder als dogmatisch und wenig innovativ kritisiert (siehe z. B. Achen, 1992). Aus dieser intellektuellen Unzufriedenheit heraus speist sich ein dritter Theoriestrang, der im nächsten Abschnitt vorgestellt werden soll.

## 2.3 Der Ökonomische Ansatz

Ausgangspunkt des „ökonomischen“ oder „rationalistischen“ Zugangs zur Wahlforschung ist die „Economic Theory of Democracy“, mit der Anthony Downs (1957) zu einem Wegbereiter des Rational Choice Ansatzes in der Politikwissenschaft wurde. Obwohl Downs mit den Methoden und Ergebnissen der zeitgenössischen Wahlforschung vertraut war, ging es ihm nicht darum, selbst eine empirische Studie durchzuführen oder eine realistische Theorie des Wahlverhaltens zu entwickeln. Vielmehr konstruiert Downs eine Modellwelt, in der sich aus einigen wenigen axiomatischen Annahmen, die er aus der Mikroökonomie übernimmt, interessante Ergebnisse ableiten lassen.

Downs unterscheidet dabei zwischen zwei Klassen von Akteuren: Wählern, die ihr monetäres Einkommen aus der Regierungstätigkeit maximieren wollen, und Parteien, die möglichst viele politische Ämter besetzen möchten. Sowohl Wähler als auch Parteien sind dabei an die Regeln einer Verfassung gebunden, die freie, faire und regelmäßige Wahlen vorsieht.

In Anlehnung an das Vorgehen in der Ökonomie geht Downs zunächst davon aus, daß die Akteure über vollständige Präferenzen und Informationen verfügen. Diese zweite Annahme gibt Downs dann schrittweise auf um so zu zeigen, daß der Rückgriff auf Ideologien und ähnliche Konstrukte eine durchaus rationale Strategie sein kann, wenn die Kosten für die Beschaffung zusätzlicher politischer Informationen deren erwarteten Nutzen deutlich überschreiten.

Zu Downs' bekanntesten Ergebnissen gehört neben dem auf Hotelling (1929) zurückgehenden Medianwähler-Theorem – in einem Zweiparteiensystem mit einer einzelnen Policy-Dimension werden die Programme rationaler Parteien an der Position des Wählers konvergieren, der die ideologische Mitte des Elektorats repräsentiert – das Wahlparadoxon, das sich aus der rein instrumentellen Motivation der Wähler ergibt.

Da Wähler sich nach den Modellannahmen ausschließlich für ihr Einkommen aus der Regierungstätigkeit interessieren, ergibt sich der Nutzen der Wahlteilnahme aus der Differenz zwischen dem Einkommen, das sie unter der von ihnen bevorzugten Partei erzielen, und dem Einkommen, das ihnen zufließt, wenn statt dessen die zweitplazierte Partei die Regierung übernimmt. Anders als bei einer Kaufentscheidung kann der einzelne Wähler aber nicht eigenständig darüber entscheiden, welche Partei die Wahl gewinnen soll. Vielmehr muß der potentielle Nutzen der Wahlteilnahme mit der Wahrscheinlichkeit gewichtet werden, daß der Wähler selbst die entscheidende Stimme abgibt, die der bevorzugten Partei zum Sieg verhilft. Diese Wahrscheinlichkeit ist unter den Bedingungen einer Massendemokratie verschwindend gering, so daß die Kosten der Wahlbeteiligung (vor allem die aufgewendete Zeit) deren erwarteten Nutzen stets übersteigen.<sup>3</sup> Rationale Wähler sollten sich deshalb nicht an Wahlen beteiligen. Dennoch liegt die Wahlbeteiligung bei nationalen Wahlen in Demokratien meist deutlich höher als 50 Prozent.

---

<sup>3</sup>Dies gilt sofern die Wahlteilnahme keinen ergebnisunabhängigen (intrinsic) Nutzen stiftet, was aber den Grundannahmen des Modells widersprechen würde.

Seit Erscheinen der „Economic Theory“ haben sich viele hervorragende Theoretiker darum bemüht, das Wahlparadoxon aufzulösen. Stärker empirisch orientierte Forscher hingegen sehen in den realen Wahlbeteiligungsraten „the paradox that ate Rational Choice Theory“ (Grofman, 1993). Dennoch konnte sich ca. seit den 1970er Jahren eine Strömung der empirischen Wahlforschung entwickeln, die sich explizit in die Tradition von Downs stellt. Dabei lassen sich vier Felder unterscheiden, auf denen besonders intensiv geforscht wird:

1. Die Re-Interpretation der Parteiidentifikation als Summe der (ökonomischen) Erfahrungen („running tally“), die ein Wähler im Laufe seines politischen Lebens mit den Parteien gemacht hat (Fiorina, 2002).
2. Die Modellierung von mehrdimensionalen issue- bzw. policy-Räumen, innerhalb derer Wähler Präferenzen entwickeln und Parteien programmatische Angebote machen (siehe als Überblick Pappi, 2000).
3. Die Bedeutung der Wirtschaftslage für die Erfolgsaussichten von Regierung und Opposition (Lewis-Beck und Paldam, 2000).
4. Die Analyse von Anreizen zum taktischen Wählen,<sup>4</sup> die der Kontext und insbesondere das Wahlsystem auf rationale Wähler ausüben (Cox, 1997).

Insbesondere die letzten drei Felder sind für die vergleichende Wahlforschung von großer Bedeutung.

## 3 Vergleichende Wahlforschung

### 3.1 Forschungsfelder

#### 3.1.1 Kontextvariablen

In der Forschungspraxis existiert faktisch keine Trennung zwischen (international) vergleichender und nationaler (oder subnationaler) Wahlforschung. Nur wenige Forscherinnen und Forscher, die in diesem Bereich aktiv sind, sehen sich ausschließlich als Länderspezialisten oder Komparativisten. Dennoch gibt es einige typische Forschungsfelder, die in der national orientierten Forschung keine oder eine geringere Rolle spielen. Dies erklärt sich daraus, daß einige für die Wahlforschung interessante Variablen innerhalb eines politischen Systems über längere Zeiträume völlig oder fast stabil sind.

An erster Stelle ist hier das *Wahlsystem* zu nennen, das in etablierten Demokratien nur höchst selten verändert wird, da eine Veränderung in der Regel nicht im Interesse der Parteien liegt, die darüber im Parlament zu entscheiden haben. Kommt es tatsächlich zu einem Wechsel des Wahlsystems wie etwa 1996 in Neuseeland, so stellt sich außerdem die Frage, inwieweit das Wählerverhalten vor

---

<sup>4</sup>Taktisches Wählen liegt dann vor, wenn sich eine Wählerin bewußt *nicht* für die eigentlich bevorzugte Partei entscheidet, etwa weil sie glaubt, daß diese in einem Mehrheitswahlsystem ohnehin keine Chance hat, ins Parlament einzuziehen.

und nach der Wahl überhaupt miteinander vergleichbar ist, und ob ein Wechsel des Wahlsystems möglicherweise eine Folge langfristiger Veränderungen im Wahlverhalten als deren Ursache ist. Deshalb bietet es sich an, die Wirkung von Wahlsystemen im internationalen Vergleich zu untersuchen. Im Mittelpunkt steht dabei häufig die Frage, ob, wie von Duverger (1951) in seinem berühmten „Gesetz“ behauptet, das Wahlsystem einen entscheidenden Einfluß auf das Format des Parteiensystems hat.

Dabei ist allerdings zu beachten, daß Wahlsysteme innerhalb einer Region oft kaum variieren. So zeigt ein Blick in die Datenbank der Internationalen Parlamentarischen Union, daß lediglich acht von 64 europäischen Staaten ein Mehrheitswahlsystem verwenden. Bei den karibischen Staaten hingegen sind es 14 von 22 Staaten, in denen nach diesem System gewählt wird (<http://www.ipu.org/>).

Neben dem Wahl- und Parteiensystem wurden und werden in der international vergleichenden Wahlforschung eine Vielzahl weiterer Kontextvariablen untersucht. Insbesondere im Bereich der Rechtsextremismusforschung wird etwa der Effekt von Sozialausgaben, Zuwanderungs- und Arbeitslosenquoten auf die Wahlabsicht zugunsten der Extremen Rechten untersucht (Lubbers, Gijsberts und Scheepers, 2002; Swank und Betz, 2003). In ähnlicher Weise kann auch das Verhalten anderer Parteien (Arzheimer, 2009) oder institutioneller Faktoren (Arzheimer und Carter, 2006) mit in die Modelle aufgenommen werden. Dabei zeigt sich in der Regel, daß diese (nationalen) Kontextvariablen durchaus erklärungskräftig sind, ohne daß individuelle Merkmale und solche Unterschiede zwischen den Ländern, die nicht durch Variablen abgebildet werden können, an Bedeutung verlieren würden.

### **3.1.2 Class Voting und die Bedeutung der Religion**

In Abschnitt 2.1 wurde die auf Lipset und Rokkan zurückgehende Theorie der sozialen Spaltungen (cleavages) vorgestellt. Zwei dieser Cleavages – Arbeit vs. Kapital und Staat vs. (katholische) Kirche – sind dafür verantwortlich, daß sozialdemokratische und christdemokratische Parteien bis in die 1980er Jahre hinein das politische Leben in vielen westeuropäischen Gesellschaften bestimmen konnten.

Zur sozialen Basis beider Parteilinien liegt eine kaum überschaubare Literatur vor die zeigt, daß sich in der Tendenz der Effekt der Klassenzugehörigkeit deutlich abgeschwächt hat. Neuer Studien belegen aber, daß sich diese Entwicklung in verschiedenen Ländern durchaus unterschiedlich darstellt (Nieuwbeerta und Graaf, 2001). Auch von einem universellen Bedeutungsverlust der Religionszugehörigkeit für das Wahlverhalten kann keine Rede sein (Broughton und Napel, 2000). Im Ergebnis bedeutet dies: „Reports of the death of social cleavages are exaggerated“ (Elf, 2007). Gleichwohl ist festzuhalten, daß in den meisten demokratischen Gesellschaften sowohl die Zahl religiöser Menschen als auch die Zahl derjenigen, die Arbeiterberufe ausüben und/oder sich selbst als Arbeiter verstehen, langsam aber stetig sinkt.



Beide Faktoren können aber das Absinken der Wahlbeteiligung nicht erklären, da in fast allen Gesellschaften das Durchschnittsalter der Wähler durch den demographischen Wandel steigt und die institutionellen Hürden für die Wahlteilnahme in vielen Ländern gesenkt wurden. Der Rückgang der Wahlbeteiligung muß deshalb primär auf politisch-kulturelle Wandlungsprozesse, d. h. auf das Verblässen von Wahlnormen und den Bedeutungszuwachs alternativer Beteiligungsformen (Norris, 1999) zurückzuführen sein, die in verschiedenen Ländern unterschiedlich weit fortgeschritten sind. Auch die Abschwächung und allmähliche Auflösung von Parteibindungen (dealignment, siehe Dalton und Wattenberg 2000), die mit dem oben beschriebenen Bedeutungsverlust der traditionellen cleavages einhergeht, gilt als wichtiger Faktor für das Sinken der Wahlbeteiligung.

### 3.1.4 Economic Voting

„Economic Voting“ ist ein breites und dynamisches Forschungsfeld, dessen Grundannahmen auf Downs' ökonomische Theorie der Demokratie zurückgehen.<sup>5</sup> Aus der „Economic Voting“ Perspektive machen die Bürger die jeweilige Regierung für die Wirtschaftslage eines Landes verantwortlich. Wenn sich wichtige makroökonomische Kenngrößen wie die Inflationsrate, die Arbeitslosenquote und das Bruttosozialprodukt verschlechtern bzw. nicht signifikant verbessern, bestrafen die Bürger die Regierungsparteien, indem sie ihnen in Abstimmungen und Umfragen ihre Unterstützung entziehen. Dieser Zusammenhang wird als „VP-Function“ bezeichnet (Nannestad und Paldam, 1994).

Aus einer Vielzahl von Studien, die seit den 1970er Jahren durchgeführt wurde, läßt sich ein Kern von weiteren Befunden extrahieren, die weithin akzeptiert sind (Lewis-Beck und Paldam, 2000, S. 114): Wähler haben einen kurzen Zeithorizont, sie orientieren sich stärker an der (unmittelbaren) Vergangenheit als an ihren Erwartungen für die Zukunft, die nationale Wirtschaftslage ist wichtiger als die persönlichen Finanzen und negative Entwicklungen werden von den Wählern stärker gewichtet als positive Veränderungen.

Zu den Besonderheiten der „Economic Voting“ Forschung gehört, daß die beschriebenen Effekte bei vielen Wahlen recht stark ausfallen, während sie sich in anderen Fällen nicht oder nur in geringem Umfang reproduzieren lassen (Lewis-Beck und Paldam, 2000, S. 113–114). Eine mögliche Erklärung dafür liegt in den Kontextvariablen und hier insbesondere in den institutionellen Unterschieden zwischen den Systemen. Während aus Sicht der Wähler in Mehrheitsdemokratien die Verantwortlichkeit der Regierung für die wirtschaftliche Entwicklung relativ definiert ist, kommt es in Konsensdemokratien durch die Zwänge, die sich aus der Bildung von Koalitionsregierungen ergeben, aber auch durch die Intervention von unabhängigen Zentralbanken, zweiten Kammern oder starken Verfassungsgerichten zu einer Verantwortungsdiffusion. Dadurch schwächt sich der Zusammenhang zwischen Wirtschaftslage und Popularität der Regierung

---

<sup>5</sup>Wie Lewis-Beck und Stegmaier (2009) zeigen, beschäftigte sich aber bereits die Ann Arbor-Gruppe mit diesem Thema. Der Ansatz ist damit auch mit einer sozialpsychologischen Perspektive kompatibel.



bzw. der größten Regierungspartei erkennbar und systematisch ab (Anderson, 2000; Nadeau, Niemi und Yoshinaka, 2002).

Besonders interessant sind vor diesem Hintergrund politische Systeme, in denen die „clarity of responsibility“ deutlich und in nachvollziehbarer Weise schwankt. Dies gilt neben der Bundesrepublik etwa für Frankreich, wo sich in Zeiten der *cohabitation* aus Sicht der Wähler die Verantwortung für die Wirtschaft vom Präsidenten zum Premierminister verschiebt (Lewis-Beck, 1997).

### 3.2 Studien, Datenquellen

Die administrative und finanzielle Aufwand für die international vergleichbare Erhebung von Wählerdaten ist prohibitiv hoch. Wie oben bereits angedeutet, kam es jedoch schon früh zu einer Zusammenarbeit zwischen jenen Forschern, die für verschiedene nationale Wahlstudien verantwortlich waren. 1989 wurde diese Praxis durch die Gründung des „International Committee for Research into Elections and Representative Democracy“ (ICORE) formalisiert (Karvonen und Ryssevik, 2001, S. 44). Die führenden europäischen Datenarchive hatten sich bereits in den 1970er Jahren zum „Council of European Social Science Data Archives“ (CESSDA, <http://www.cessda.org>) zusammengeschlossen (Karvonen und Ryssevik, 2001, S. 45).

Neben einem Verzeichnis der von 1945-1995 durchgeführten nationalen Wahlstudien ist aus der Kooperation von ICORE, CESSDA und der University of Michigan/Ann Arbor die Comparative Study of Electoral Systems (CSES) hervorgegangen (Lagos, 2008, S. 589-590). Im Rahmen der CSES wird von den beteiligten Institutionen im Anschluß an die Interviews für die jeweilige nationale Studie eine weitere Batterie von einheitlichen Fragen gestellt. Die so erhobenen Individualdaten werden mit Meso- und Makro-Informationen zusammengespielt und stehen Wissenschaftlern auf der ganzen Welt online frei zur Verfügung (<http://www.cses.org>). Inzwischen sind für den Zeitraum von 1996 bis 2011 Daten aus mehr als 50 Ländern verfügbar. Damit ist die CSES für die vergleichende Wahlforschung eine Ressource von unschätzbarem Wert.

Ähnliche, aber spezifischere Ziele verfolgt die European Election Study (EES, <http://eeshomepage.net>), die seit 1979 die direkten Wahlen zum Europäischen Parlament begleitet. Aus vergleichender Perspektive sind diese Europawahlen von besonderem Interesse, weil hier in den Mitgliedsländern zum selben Zeitpunkt Kandidaten für dieselbe Institution gewählt werden. Neben den Interviews mit den Wählern, die für alle Wahlen vorliegen, wurden zu einzelnen Urnengängen zusätzliche Kandidatenbefragungen sowie Inhaltsanalysen der Parteiprogramme und der Medienberichterstattung durchgeführt. Hinzu kommen weitere Kontextdaten. Auch die Datensätze aus dem EES-Projekt stehen interessierten Wissenschaftlern über das Internet zur Verfügung.

Neben diesen reinen Wahlstudien existiert inzwischen eine große Zahl weiterer internationaler Surveys, die auch für die Zwecke der Wahlforschung genutzt werden können. Zu den wichtigsten dieser Studien zählen das Eurobarometer, der European Social Survey und der World Values Survey.

### 3.3 Methoden

Dank der „Technological Revolution“ (Karvonen und Ryssevik, 2001) in der Erhebung und Verbreitung von Umfragedaten (die nicht zuletzt auch eine forschungspolitische und -kulturelle Revolution darstellt) verfügt die vergleichende Wahlforschung heute über Möglichkeiten, die in den 1990er Jahren noch als utopisch galten.

Eine ähnliche Revolution hat sich auch auf dem Gebiet der Analysetechniken und der Computerhardware vollzogen. Die Datensätze, die in der vergleichenden Wahlforschung verwendet werden, sind für sozialwissenschaftliche Verhältnisse sehr groß. So umfaßt beispielsweise die (partielle) Kumulation der Eurobarometer-Daten (Schmitt u. a., 2009) mehrere 100 000 Fälle, was einigen hundert Megabyte entspricht. Während frühere Versionen dieser Kumulation die zum Zeitpunkt ihrer Erstellung verfügbaren PCs an den Rande ihrer Leistungsfähigkeit brachten, lassen sich die heutigen, weitaus umfangreicheren Datensätze problemlos mit Geräten aus den Regalen der Discounter bearbeiten. Parallel dazu ist das technische Niveau der Analysen kontinuierlich gestiegen, weil Auswertungsverfahren, die früher eigene Programmierkenntnisse erforderten, in Summer Schools und Doktorandenprogrammen gelehrt werden und in Standardsoftware wie SPSS oder Stata implementiert sind.

Im Vergleich zur national orientierten Wahlforschung ergeben sich Besonderheiten zum einen aus der Natur der abhängigen Variable „Wahlverhalten“. Da die Wähler in den verschiedenen Ländern vor je unterschiedlichen Alternativen stehen – selbst bei den Europawahlen kandidieren bisher nationale Listen – müssen die nationalen Parteien bzw. Kandidaten einer Parteilfamilie zugeordnet werden. Dies wirft einerseits die Frage auf, ob etwa eine Entscheidung zugunsten der deutschen SPD tatsächlich völlig äquivalent zu einer Stimme für die griechische PASOK ist. Andererseits ist unklar wie damit umzugehen ist, wenn sich die choice sets sehr stark unterscheiden, weil eine bestimmte Parteilfamilie in einem Land nicht existiert oder faktisch keine politische Bedeutung hat. Forscher aus dem Umfeld der EES haben als Lösung dieses Problems lange Zeit eine spezielle Form der linearen Regression propagiert (Eijk und Kroh, 2002), die eine aufwendige Variante der Wahlabsichtsfrage erfordert, ohne daß klar ist, ob sich die Probleme damit wirklich lösen lassen. Die Mehrzahl der Arbeiten verwendet aber weiterhin eines der gängigen Verfahren zur Analyse polytomer Daten (in der Regel die multinomiale logistische Regression) oder dichotomisiert die abhängige Variable, indem das Stimmverhalten zugunsten einer bestimmten Parteilfamilie mit allen anderen Entscheidungen kontrastiert wird.

Eine zweite Besonderheit besteht darin, daß die moderne vergleichende Wahlforschung danach strebt, die Effekte von Variablen auf der Mikro- (Personen), Meso- (z. B. Kandidaten, Medieninhalte) und Makro-Ebene (Institutionen, nationale Wirtschaftslage etc.) gemeinsam zu modellieren. Als elegantes Verfahren dafür hat sich in den letzten Jahren die statistische Mehrebenenanalyse etabliert, die gegenüber älteren Methoden eine Vielzahl von Vorteilen bringt (Steenbergen und Jones, 2002). Allerdings wird in der Literatur kontrovers darüber diskutiert, wieviele Länder für eine Mehrebenenanalyse benötigt werden und ob sich das

Verfahren überhaupt anwenden läßt, wenn diese Ländern nicht zufällig aus einer großen Population ausgewählt werden (Stegmueller, 2013).

Unabhängig von diesen Details der statistischen Modellierung bringt die Verwendung von Makro-Daten, die sich in einem Land nur sehr langsam oder gar nicht verändern, Probleme mit sich, die in dieser Form bei nationalen Wahlen selten auftreten: Wenn beispielsweise das Wahlsystem *innerhalb* eines Landes konstant ist, läßt sich sein Effekt auf die Wahl kleiner Parteien nicht schätzen, obwohl dieser möglicherweise sehr stark ausgeprägt ist. Eine Effektschätzung muß dann ausschließlich auf Unterschieden *zwischen* den Ländern basieren. Dieses Vorgehen ist aber mit neuen Problemen verbunden, weil die Zahl der Fälle in Relation zu den interessanten Variablen klein ist, diese Variablen auf der Makro-Ebene in der Regel sehr eng miteinander korreliert sind<sup>6</sup> und überdies starke idiosynkratische Effekte einzelner Länder auftreten (unit effects). In diesem Sinne sind viele Makro-Datensätze „schwach“ (Western und Jackman, 1994) – ein in der makro-quantitativen Forschung bekanntes grundsätzliches Problem, das auch durch die Verwendung moderner Analyseverfahren und die gleichzeitige Berücksichtigung von Mikro-Daten nicht zu lösen ist.

## 4 Fazit

Bereits seit den 1970er Jahren haben sich durch den Vergleich von Ergebnissen aus nationalen Wahlstudien die Perspektiven der Wahlforschung erheblich erweitert. Die Anfänge der EES in den späten 1970er und dann der CSES in den 1990er Jahren markieren den Übergang zu einer Forschung, die von vornherein auf eine Äquivalenz der Konzepte und Instrumente ausgerichtet und damit genuin vergleichend angelegt ist. Die fast flächendeckende Freigabe von Datensätzen für Sekundärforscher über das Internet, die Fortschritte in der Computertechnik und die Verbreitung moderner statistischer Methoden haben in den letzten zwei Dekaden einen weiteren rasanten Fortschritt ermöglicht. Trotz der obengenannten Probleme zählt die international vergleichende Wahlforschung heute sowohl in der Wahlforschung als auch in der Vergleichenden Politikwissenschaft zu den am weitesten entwickelten Subdisziplinen.

## Literatur

- Achen, Christopher H. (1992). „Social Psychology, Demographic Variables, and Linear Regression: Breaking the Iron Triangle in Voting Research.“ In: *Political Behavior* 14.3, S. 195–211.
- Anderson, Christopher J. (2000). „Economic Voting and Political Context: A Comparative Perspective“. In: *Electoral Studies* 19.2-3, S. 151–170.

---

<sup>6</sup>So gibt es beispielsweise innerhalb der Europäischen Union keinen föderalen Staat mit einem Mehrheitswahlsystem.

- Arzheimer, Kai (2009). „Contextual Factors and the Extreme Right Vote in Western Europe, 1980–2002“. In: *American Journal of Political Science* 53.2, S. 259–275. URL: <http://dx.doi.org/10.1111/j.1540-5907.2009.00369.x>.
- Arzheimer, Kai und Elisabeth Carter (2006). „Political Opportunity Structures and Right-Wing Extremist Party Success“. In: *European Journal of Political Research* 45, S. 419–443. DOI: 10.1111/j.1475-6765.2006.00304.x.
- Berelson, Bernard, Paul F. Lazarsfeld und William N. McPhee (1954). *Voting. A Study of Opinion Formation in a Presidential Campaign*. Chicago: Chicago University Press.
- Broughton, David und Hans-Martien Napel, Hrsg. (2000). *Religion and Mass Electoral Behaviour in Europe*. London, New York: Routledge.
- Bürklin, Wilhelm und Markus Klein (1998). *Wahlen und Wählerverhalten. Eine Einführung*. 2. Aufl. Bd. 3. Grundwissen Politik. Opladen: Leske und Budrich.
- Campbell, Angus, Gerald Gurin und Warren E. Miller (1954). *The Voter Decides*. Evanston: Harper und Row.
- Campbell, Angus u. a. (1960). *The American Voter*. New York: John Wiley.
- Cox, Gary W. (1997). *Making Votes Count. Strategic Coordination in the World's Electoral Systems*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Dalton, Russell J. und Martin P. Wattenberg, Hrsg. (2000). *Parties without Partisans*. Oxford: Oxford University Press.
- Downs, Anthony (1957). *An Economic Theory of Democracy*. New York: Harper.
- Duverger, Maurice (1951). *Les Partis Politiques*. Paris: Colin.
- Eijk, Cees van der und Martin Kroh (2002). *Alchemy or Science? Discrete Choice Models for Analyzing Voter Choice in Multi-Party Contests. Paper Delivered at the Annual Meeting of the American Political Science Association 2002*. Boston: APSA. URL: <http://apsaproceedings.cup.org/Site/papers/008/008003vanderEijk.pdf> (05.01.2005).
- Elff, Martin (2007). „Social Structure and Electoral Behavior in Comparative Perspective: The Decline of Social Cleavages in Western Europe Revisited“. In: *Perspectives on Politics* 5 (2), S. 277–294. ISSN: 1541-0986. DOI: 10.1017/S1537592707070788.
- Falter, Jürgen W. und Harald Schoen, Hrsg. (2005). *Handbuch Wahlforschung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Fiorina, Morris P. (2002). „Parties and Partisanship: A 40-Year Retrospective“. In:
- Franklin, Mark N., Cees van der Eijk und Erik Oppenhuis (1995). „The Institutional Context: Turnout“. In: *Choosing Europe? The European Electorate and National Politics in the Face of Union*. Hrsg. von Cees van der Eijk und Mark N. Franklin. Ann Arbor: The University of Michigan Press, S. 306–331.
- Grofman, Bernard (1993). „Is Turnout the Paradox That Ate Rational Choice Theory?“ In: *Information, Participation, and Choice. An Economic Theory of Democracy in Perspective*. Hrsg. von Bernard Grofman. Ann Arbor: Michigan University Press, S. 93–103.

- Hotelling, Harold (1929). „Stability in Competition“. In: *The Economic Journal* 39.153, S. 41–57.
- Karvonen, Lauri und Jostein Ryssevik (2001). „How Bright Was the future? The Study of Parties, Cleavages and Voters in the Age of the Technological Revolution“. In: *Party Systems and Voter Alignments Revisited*. Hrsg. von Lauri Karvonen und Stein Kuhnle. London: Routledge, S. 45–61.
- Key, V.[ladimer] O.[rlando] (1959). „Secular Realignment and the Party System“. In: *Journal of Politics* 21.2, S. 198–210. DOI: 10.2307/2127162.
- Lagos, Marta (2008). „International Comparative Surveys: Their Purpose, Content and Methodological Challenges“. In: *The Sage Handbook of Public Opinion Research*. Hrsg. von Wolfgang Donsbach und Michael W. Traugoot. Sage, S. 580–593. DOI: 10.4135/9781848607910.
- Lazarsfeld, Paul F., Bernard Berelson und Hazel Gaudet (1944). *The People's Choice. How the Voter Makes up His Mind in a Presidential Campaign*. Chicago: Columbia University Press.
- Lewis-Beck, Michael S. (1997). „Who's the Chef? Economic Voting Under a Dual Executive“. In: *European Journal of Political Research* 31.3, S. 315–325.
- Lewis-Beck, Michael S. und Martin Paldam (2000). „Economic Voting: An Introduction“. In:
- Lewis-Beck, Michael S. und Mary Stegmaier (2009). „American voter to economic voter: Evolution of an idea“. In: *Electoral Studies* 28.4. Special issue on The American Voter Revisited, S. 625–631. DOI: DOI:10.1016/j.electstud.2009.05.023.
- Lipset, Seymour Martin und Stein Rokkan (1967). „Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments: An Introduction“. In: *Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives*. Hrsg. von Seymour Martin Lipset und Stein Rokkan. New York, London: Collier-Macmillan, S. 1–64.
- Lubbers, Marcel, Mérove Gijsberts und Peer Scheepers (2002). „Extreme Right-Wing Voting in Western Europe“. In: *European Journal of Political Research* 41, S. 345–378.
- Miller, Warren E. (1994). „An Organizational History of the Intellectual Origins of the American National Election Studies“. In: *European Journal of Political Research* 25, S. 247–265. URL: <http://www.blackwell-synergy.com/doi/abs/10.1111/j.1475-6765.1994.tb00420.xfile:///U:/Work/Texte/Miller-1994.pdf>.
- Miller, Warren E. und J. Merrill Shanks (1996). *The New American Voter*. Cambridge, London: Harvard University Press.
- Mochmann, Ekkehard (2002). „Zur Institutionalisation der international vergleichenden Wahlforschung“. In: *Bürger und Demokratie in Ost und West. Studien zur politischen Kultur und zum politischen Prozeß*. Hrsg. von Dieter Fuchs, Edeltraud Roller und Bernhard Weßels. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 227–241.
- Nadeau, Richard, Richard G. Niemi und Antoine Yoshinaka (2002). „A Cross-National Analysis of Economic Voting: Taking Account of the Political Context across Time and Nations“. In: *Electoral Studies* 21, S. 403–423.

- Nannestad, Peter und Martin Paldam (1994). „The VP-Function - a Survey of the Literature on Vote and Popularity Functions after 25 Years“. In: *Public Choice* 79.3-4, S. 213–245.
- Nieuwebeerta, Paul und Nan Dirk Graaf (2001). „Traditional Class Voting in Twenty Postwar Societies“. In: *The End of Class Politics? Class Voting in Comparative Context*. Hrsg. von Geoffrey Evans. Oxford: Oxford University Press, S. 23–56.
- Norris, Pippa, Hrsg. (1999). *Critical Citizens. Global Support for Democratic Government*. Oxford u.a.: Oxford University Press.
- Pappi, Franz Urban (2000). „Zur Theorie des Parteienwettbewerbs“. In: *50 Jahre Empirische Wahlforschung in Deutschland. Entwicklungen, Befunde, Perspektiven, Daten*. Hrsg. von Markus Klein u. a. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 85–105.
- Pappi, Franz-Urban und Susumu Shikano (2007). *Wahl- und Wählerforschung*. Baden-Baden: Nomos.
- Parsons, Talcott (1960). „Pattern Variables Revisited“. In: *American Sociological Review* 25, S. 467–483.
- Plutzer, Eric (2002). „Becoming a Habitual Voter. Inertia, Resources, and Growth in Young Adulthood“. In: *American Political Science Review* 96, S. 41–56.
- Roth, Dieter (2008). *Empirische Wahlforschung. Ursprung, Theorien, Instrumente und Methoden*. 2. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Rudi, Tatjana und Harald Schoen (2005). „Ein Vergleich von Theorien zur Erklärung des Wählerverhaltens“. In: *Handbuch Wahlforschung*. Hrsg. von Jürgen W. Falter und Harald Schoen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 305–323.
- Schmitt, Hermann u. a. (2009). *The Mannheim Eurobarometer Trendfile 1970-2002. Data Set Edition 2.01. Codebook and Unweighted Frequency Distributions*. Updated by Iris Leim and Meinhard Morschner, ZA Cologne. Gesis. URL: [http://info1.gesis.org/dbksearch/file.asp?file=ZA3521\\_cod\\_v2-0-1.pdf](http://info1.gesis.org/dbksearch/file.asp?file=ZA3521_cod_v2-0-1.pdf).
- Siegfried, André (1913). *Tableau politique de la France de l'Ouest sous la Troisième République*. Paris: A. Colin.
- Steenbergen, Marco R. und Bradford S. Jones (2002). „Modelling Multilevel Data Structures“. In: *American Journal of Political Science* 46, S. 218–237. URL: `\url{u:\work\Texte\PDF-Dateien\Jones1997.pdf}`.
- Stegmueller, Daniel (2013). „How Many Countries for Multilevel Modeling? A Comparison of Frequentist and Bayesian Approaches“. In: *American Journal of Political Science*. DOI: 10.1111/ajps.12001.
- Swank, Duane und Hans-Georg Betz (2003). „Globalization, the Welfare State and Right-Wing Populism in Western Europe“. In: *Socio-Economic Review* 1, S. 215–245.
- Weisberg, Herbert F. und Steven H. Greene (2003). „The Political Psychology of Party Identification“. In: *Electoral Democracy*. Hrsg. von Michael B. MacKuen und George Rabinowitz. University of Michigan Press, S. 83–124.

Western, Bruce und Simon Jackman (1994). „Bayesian Inference for Comparative Research“. In: *American Political Science Review* 88, S. 412–423.